

Redebeitrag / Autonome Antifa-Koordination Kiel / 15.03.2021

Liebe Freund*innen und Genoss*innen,

heute ist der 15. März, der 1997 zum internationalen Tag gegen Polizeigewalt ausgerufen wurde, anlässlich dessen wir diese Kundgebung durchführen. Am Donnerstag, dem 18. März, begehen wir außerdem den Tag der politischen Gefangenen, der nunmehr vor fast 100 Jahren von der historischen Internationalen Roten Hilfe erstmalig begründet wurde. Er wurde damals auf jenen Tag datiert, der den Beginn der Pariser Kommune am 18. März 1871 markierte. Dieser historisch erste umfassende Versuch revolutionärer Massen, Schluss zu machen mit Krieg, Monarchie und Kapitalherrschaft und Sozialismus, Rätedemokratie, Geschlechterbefreiung und ein würdevolles Leben für alle durchzusetzen, jährt sich in diesen Tagen zum 150. Mal. Die Commune wurde nach nur 72 Tagen von der durch preußische Truppen gestützten französischen Bourgeoisie in einem blutigen Massaker niedergemetzelt. Nichtsdestotrotz, und gerade deshalb, ist die Kommune von Paris für uns bis heute ein Quell der Inspiration geblieben und lebendiger Nachweis, dass sich Gesellschaft tatsächlich demokratisch, egalitär und an den Bedürfnissen der populären Klassen orientiert organisieren lässt. Und sie erinnert uns daran, was wir vom bürgerlichen Staat zu erwarten haben, wenn wir uns daran machen, die Machtfrage im Klassenkampf konkret zu stellen. Damit die zehntausenden Kommunard*innen, die bei der Verteidigung des revolutionären Paris niemals vergessen werden, möchten wir heute an sie erinnern. Vive la Commune!

Die Erde ist seitdem 150 Mal um die Sonne gewandert und sich dementsprechend stark verändert. Unverändert geblieben sind jedoch die grundlegenden Prinzipien, nach denen sich bürgerliche Klassenherrschaft strukturiert und durch staatliche Gewalt aufrecht erhält. Wir sind also auch heute noch gezwungen, die Kriminalisierung von emanzipatorischen Bewegungen, das Knastsystem und den institutionalisierten Rassismus in Polizei und Justiz zu thematisieren und zurückzuschlagen.

Die staatliche Repression gegen linke und soziale Bewegungen nimmt seit Jahren zu und zeigt sich in Gesetzesverschärfungen, hohen Haftstrafen, zahlreichen Strafverfahren und brutalen Polizeieinsätzen. Davon betroffen sind Antifaschist*innen, Klimaaktivist*innen, feministische und antirassistische Aktivist*innen und viele andere, die die herrschenden Verhältnisse nicht hinnehmen wollen. Ein Gipfel der Repression fand während des G20 im Jahr 2017 in Hamburg statt, als Demonstrationen von der Polizei auseinandergeprügelt und hunderte Menschen festgenommen wurden. Nach dem G20-Gipfel gab es über 3500 Ermittlungsverfahren und bisher rund 260 Gerichtsverfahren. Auch knapp vier Jahre danach ist der Verfolgungswille der Hamburger Justiz ungebrochen. Anfang Dezember 2020 begann der erste Rondenbarg-Massenprozess gegen die fünf jüngsten Aktivist*innen, die 2017 gegen den G20 protestierten. Aktuell wurde das Verfahren aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie abgebrochen. Der Frieden jedoch täuscht,

denn dieses Verfahren soll trotz seines absurden Charakters zu einem späteren Zeitpunkt erneut gestartet werden. Die Betroffenen der Rondenbarg-Verfahren werden keiner individuell zugeordneten Handlung beschuldigt. Die Vorwürfe werden mit einer „gemeinschaftlichen Tat“ begründet. Verurteilungen werden die Versammlungsfreiheit daher massiv einschränken, da dann die einfache Teilnahme an einer Demonstration als Straftat ausgelegt werden kann. Wir fordern die Einstellung aller Strafverfahren in Zusammenhang mit G20!

Jeden Tag werden neue sogenannte „Einzelfälle“ von Rassismus, Antisemitismus und rechten Netzwerken in den Behörden gemeldet. Rassistische Polizeigewalt und rassistische Kontrollen sind an der Tagesordnung. Regelmäßig sterben Menschen in Gewahrsam oder durch Polizeischüsse. Schwarze Menschen und People of Color haben ein besonders hohes Risiko, in staatlicher „Obhut“ ihr Leben zu verlieren oder durch die Polizei getötet zu werden. Die Kampagne Death in Custody hat 179 Todesfälle von Schwarzen Menschen, People of Color und von Rassismus betroffenen Menschen in deutschem Gewahrsam seit 1990 gezählt. Die Täter*innen werden fast nie bestraft, stattdessen werden Opfer nach ihrem Tod kriminalisiert. Wir fordern die Aufklärung der Todesumstände in Gewahrsamssituationen und ein Ende von rassistischer Polizeigewalt!

Gleichzeitig greift der Staat die antifaschistische Bewegung an. Anfang Juli 2020 fand eine Repressionswelle gegen Antifas in Baden-Württemberg statt. Von Juli bis Mitte Januar 2021 saß der Antifaschist Jo in Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft. Im November folgte die Inhaftierung des Antifaschisten Dy. Beiden wird vorgeworfen, an einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern der faschistischen Scheingewerkschaft „Zentrum Automobil“ im Mai am Rande einer Querdenken-Demonstration beteiligt gewesen zu sein. In Leipzig traf es Anfang November die Antifaschistin Lina. Ihr wird vorgeworfen, Teil einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 zu sein, deren Ziel es sein soll, „Angriffe gegen Personen der Rechten Szene durchzuführen“. Der Staat will mit der Repression antifaschistischem Aktivismus delegitimieren und kriminalisieren, doch das lassen wir nicht zu: Wir fordern die sofortige Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen!

Mit dem Vorwand einer Paragraph-129-Ermittlung lässt sich nahezu jede Überwachungs- und Bespitzelungsmaßnahme begründen. Der Strafgesetzbuch-Paragraph ist ein Werkzeug für die Repressionsorgane, um linke Strukturen auszuspionieren und Aktivist*innen zu kriminalisieren. Insbesondere linke kurdische und türkische Aktivist*innen werden mit dem Paragraph 129b verfolgt. Dabei werden legale Tätigkeiten wie das Sammeln von Spenden und das Organisieren von Solidaritätskonzerten mit Gefängnisstrafen geahndet, wenn das Gericht der Meinung ist, dass es sich dabei um Aktivitäten für eine terroristische Organisation im Ausland handelt. Im Juli 2020 wurden zehn Kommunist*innen zu Haftstrafen verurteilt, weil ihnen vorgeworfen wurde, aktive Mitglieder der kommunistischen TKP/ML zu sein, obwohl sie weder in

der BRD noch in irgendeinem anderen Land außer der Türkei verboten ist. Seit 1993 besteht in Deutschland das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans PKK. Seitdem gab es tausende von Strafverfahren, Razzien und auch Verurteilungen nach den Paragraphen 129. Aktuell stehen seit April 2019 fünf kurdische Aktivist*innen wegen der Paragraphen 129a/b in Stuttgart-Stammheim vor Gericht.

Der Knast ist das aktuell härteste Mittel des bürgerlichen Staates, Repression auszuüben. Vor allem Menschen, die vermehrt durch beispielsweise Racial Profiling ins Visier der Polizei geraten oder die von Vertreibung von öffentlichen Plätzen betroffen sind, wie zum Beispiel Drogennutzer*innen und Obdachlose, geraten in Gefahr durch drakonische Strafurteile in den Knast gesteckt zu werden. Für illegalisierte Menschen, deren bloße Präsenz in Deutschland kriminalisiert wird, gibt es zusätzlich noch Abschiebelager und Ankerzentren. Dort sind sie der Willkür der Wärter*innen ausgeliefert und werden teils in den Suizid getrieben. Mit der Drohung aus dem Alltag gerissen und stigmatisiert zu werden, sollen auch linke Aktivist*innen eingeschüchtert und gezwungen werden, sich in den vorgesehenen normativen Bahnen zu bewegen. Die betroffenen Individuen sollen isoliert werden und als Exempel für die Herrschaftssicherung erhalten. Die von Gerichten vermehrt ausgesprochenen Haftstrafen der letzten Zeit stellen eine Kampf-ansage der Klassenjustiz dar. Auch sollen wir als Bewegung entzweit werden in die „Guten“ auf der einen Seite und die „Bösen“ im Knast. Nicht mit uns! Denn nach wie vor gilt: „Getroffen hat es einige, gemeint sind wir alle!“.

Wir lassen uns nicht spalten und kriminalisieren und stehen an der Seite aller Betroffenen von Repression. Wir kämpfen weiter gemeinschaftlich gegen rassistische und tödliche Polizeigewalt und leisten Widerstand gegen die autoritären und reaktionären Entwicklungen in Staat und Gesellschaft. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft ohne Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus!

Freiheit für Lina, Dy und alle Antifas im Knast!

Freiheit für alle Gefangenen aus den revolutionären Bewegungen der Türkei und Kurdistans!

Freiheit für Pablo Hasel und alle Gefangenen aus den katalanischen, baskischen und linken Freiheitsbewegungen im Spanischen Staat!

Free Mumia und alle Gefangenen aus der Schwarzen Befreiungsbewegung in den USA!

Freiheit für Igor Bancer und alle anarchistischen und antifaschistischen Genoss*innen hinter Gittern in Belarus und Russland!

Freiheit für Dimitris Koufontinas und alle revolutionären Gefangenen in Griechenland!

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Weg mit den §§129a /b! Linke Politik verteidigen!

No justice – No peace – No racist police!

Gemeinschaftlicher Widerstand gegen Repression, Polizeigewalt und Knast!